
Antragsteller: Patrick Schultz¹

Antrag: Einhaltung des Pariser Klimaabkommens

Die Unterbezirksmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos Mülheim an der Ruhr stellen bei der nächsten Landeskonferenz den folgenden
- 2 Antrag:
- 3
- 4 Die Landeskonferenz der NRW Jusos möge beschließen:
- 5
- 6 Wir fordern, dass das Land NRW das 1,5-Grad-Ziel einhält und sich dafür zu einem CO2-
- 7 Budget von 0,9 GT CO2 verpflichtet. In NRW ist Klimaneutralität bis spätestens zu einem
- 8 Zeitraum von 2035-2040 zu erreichen, Leitprinzip hat dabei zu sein: Je früher, desto besser.
- 9
- 10 Wir fordern, dass in NRW für die Erreichung dieses Zieles die Klimagerechtigkeit als Leitlinie
- 11 verankert wird. Das Leben der jüngsten Generationen hat den gleichen Stellenwert
- 12 einzunehmen wie das der ältesten. Wer das Klima am stärksten schädigt muss zum
- 13 Klimaschutz am meisten beitragen. Das Land NRW muss sich dafür einsetzen, den
- 14 Klimaschutz sozial gerecht zu machen.
- 15
- 16 Wir fordern, dass das Land NRW sofort auf allen Ebenen Landesausgaben und
- 17 Regulierungen dahingehend prüft, ob sie mit dem Erreichen des 1,5-Grad-Ziels vereinbar
- 18 sind. Ist dies nicht der Fall, hat das Land NRW diese Ausgaben einzustellen und durch
- 19 Programme zu ersetzen, die einen sozial gerechten Klimaschutz ermöglichen.

Begründung:

Deutschland hat sich dazu verpflichtet das Pariser Klimaabkommen einzuhalten, um die Erderwärmung bei 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Leitlinie des Abkommens ist die globale Klimaneutralität bis 2050. Doch wie auch Armin Laschet bei Anne Will lernen musste, beinhaltet die 1,5-Grad-Grenze zugleich eine sekundäre Richtlinie: Die Erwärmung des Planeten ist direkt an die Menge an CO2 in der Atmosphäre gekoppelt, weswegen hier unabhängig vom Datum der Klimaneutralität ein bestimmtes Budget nicht überschritten werden darf. Realistische Reduktionspfade erreichen für Deutschland daher eine Neutralität um das Jahr 2035 herum.

Basierend auf den Daten (IPCC 2018, SRU 2020, IPCC 2021) sollte das Land NRW seinen CO2-Ausstoß bis zur Erreichung der Klimaneutralität auf 0,9 GT beschränken, um eine nach Bevölkerungsanteilen faire Verteilung der Klimaschutzanstrengungen zu gewährleisten. Darüberhinausgehende Emissionen gehen entweder zulasten des Klimas oder anderer (tendenziell ärmerer) Staaten, die umso mehr einsparen müssen. Dabei zeigt der aktuelle

¹ Antragstext verfasst von den Genossen Maris Haag, Tim Vollert, Leon Schoor und Yannik Beermann von Klima.gerecht.

Bericht des IPCC, dass das Budget mit zunehmender wissenschaftlicher Kenntnis über die Klimakrise niedriger liegt.

Die SPD hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Umweltpolitik kann, wenn sie will. Egal ob Atomausstieg oder der exponentielle Ausbau von Windkraftanlagen in NRW. Zwar hat die SPD in ihrem Zukunftsprogramm für die Bundestagswahl 2021 das Ziel „Deutschland solle bis spätestens 2045 klimaneutral sein“ formuliert. Jedoch zeigen Landesverbände, wie Rheinland-Pfalz, dass wir ambitionierter sein können. Dort macht sich die SPD-geführte Ampelkoalition auf den Weg, das Land zwischen 2035 und 2040 zur Klimaneutralität zu führen. Die im Sommer stattgefundenene Hochwasserkatastrophe, die vor allem Gemeinden in Rheinland-Pfalz und NRW traf, sollte gezeigt haben, wie dringend dieses Thema ist.

Wir wollen jedoch nicht nur Klimaschutz um jeden Preis, denn für uns ist klar: Klimaschutz geht nur wenn er auch sozial gerecht gestaltet ist und die Menschen mitnimmt.